



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Eberswalde
am 29.06.2017, 18:00 Uhr,
im Paul-Wunderlich-Haus, Kreistagssaal (Erdgeschoss Haus A),
Am Markt 1, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
 3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 01.06.2017
 4. Feststellung der Tagesordnung
 5. Informationen des Vorsitzenden
 6. Einwohnerfragestunde
 7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 8. Informationsvorlagen
 9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
 10. Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen
 11. Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
 12. Genehmigung von Eilentscheidungen
 13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 13.1. **Vorlage:** BV/0504/2017 **Einreicher/
zuständige Dienststelle:** 20 - Kämmerei
3. Satzung zur Änderung der Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde

- 13.2. **Vorlage:** BV/0478/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Bebauungsplan Nr. 406/1 "Wohnquartier Westend-Center"
Behandlung der Stellungnahmen
Satzungsbeschluss
- 13.3. **Vorlage:** BV/0500/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Bebauungsplan Nr. 123 "Schwärzetal"
Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 a BauGB
- 13.4. **Vorlage:** BV/0497/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Erschließungsvertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB zum Bebauungsplan
Nr. 133 "Barnimhöhe"
- 13.5. **Vorlage:** BV/0512/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 80 - Amt für Wirtschaftsförderung
und Tourismus
Förderrichtlinie zur Belebung des Einzelhandels
- 13.6. **Vorlage:** BV/0502/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.3 - Referentin für soziale
Angelegenheiten
Bereitschaftserklärung zur Aufnahme von Yezidinnen in der Stadt Eberswalde
- 13.7. **Vorlage:** BV/0511/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Zeit- und Ressourcenplan Konzept "Vielfalt in Eberswalde"
(Fortschreibung Integrationskonzept)
- 13.8. **Vorlage:** BV/0508/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Beitritt zur Europäischen Route der Backsteingotik
- 13.9. **Vorlage:** BV/0501/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.2 - Beteiligungsverwaltung
Gründung, Organisation und Durchführung eines Energieforums Eberswalde
- 13.10. **Vorlage:** BV/0503/2017 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und
Gebäudewirtschaft
Basisvariante Waldsportanlage
- Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss

13.11. **Vorlage:** BV/0506/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und
Gebäudewirtschaft

Vergabe nach VOB - Umbauarbeiten im Hort Eisenbahnstraße 100

- Los 2 Maler- und Bodenbelagsarbeiten

TOP 1:

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Passoke, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, eröffnet die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 18.00 Uhr.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Passoke stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung sind 27 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 01.06.2017

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Herr Passoke teilt mit, dass die Anfragen AF/0094/2017 „Jugenddisco Eberswalde“ und AF/0095/2017 „Sicherheitspartner des Landes Brandenburg im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention (KKP)“ von der Fraktion DIE SPD-Fraktion an alle Stadtverordneten übersandt wurden und somit Bestandteil der Tagesordnung sind. Des Weiteren informiert Herr Passoke, dass die Anfrage AF/0096/2017 „Divestment“ von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (**Anlage 2**) vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde und somit Bestandteil der Tagesordnung ist.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5:
Informationen des Vorsitzenden

Herr Passoke informiert über Nachstehendes:

5.1 Die Beschlusskontrolle sowie Austauschseiten zum Ortsrecht wurden vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt.

5.2 Beantwortung der Anfrage AF/0092/2017 „Kita- und Hortbetreuungsbedarf“ von der CDU-Fraktion in der StVV am 01.06.2017

Die schriftliche Beantwortung wurde an alle Stadtverordneten übersandt.

5.3 Hinweis von Herrn Morgenroth zu vertrockneten Ästen einiger Ebereschen in der Triftstraße in der StVV am 01.06.2017

Frau Fellner führt hierzu aus, dass die Ebereschen im gesamten Stadtgebiet stark von Misteln befallen sind. An fruchtenden Gehölzen führen die Misteln meist zur Schwächung oder auch zum Absterben des Baumes, da sie dem Baum das Wasser und die darin gelösten Mineralien entziehen. Der Spätfrost hat die dann schon geschwächten Bäume noch mehr geschädigt. Bezogen auf die Ebereschen in der Triftstraße hat die Prüfung ergeben, dass ein Baum vollständig abgestorben ist. Dieser wird entfernt und ersetzt. An den anderen Bäumen werden die Misteln im späten Winter oder zeitigen Frühjahr beschnitten. Hierbei müssen die befallenen Äste stark zurück geschnitten werden, weil die Misteln sonst wieder kommen. Nach Vornahme der Arbeiten wird der Zustand der Bäume weiter beobachtet.

TOP 6:
Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 7:
Informationen aus der Stadtverwaltung

7.1 Herr Boginski:

- bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Banaskiewicz unter TOP 10.8, 2. Anstrich, der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.06.2017 zur Thematik „Finowkanal“ und teilt hierzu mit, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) eine Wassertourismusstudie veröffentlicht hat, aus der hervorgeht, dass sich das BMWi in der Verantwortung für den Tourismus sieht und auch möchte, dass der Bund diese Aufgabe wahrnimmt; im Rahmen dessen wurde der Finowkanal vom BMWi als Potenzialgewässer benannt; Ziel ist, die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten zur touristischen Nutzung, die gemeinsam mit den Fraktionen, der Bevölkerung und dem Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) als Partner erarbeitet werden können; das für den Finow-

kanal zuständige Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur ist der Ansicht, dass auch muskelbetriebene Schiffe als touristische Nutzung anzusehen sind und sie somit der Erfüllung der Aufgabe zur touristischen Entwicklung gerecht werden; Fazit ist, dass der Bund sagt, dass es ohne die Übernahme des Finowkanals durch die Anrainerkommunen und Übernahme der Verantwortung keinen motorbetriebenen Schiffsverkehr auf dem Finowkanal geben wird; ergänzend hierzu informiert Herr Boginski, dass am 05.04.2017 die letzte Gesprächsrunde beim Bund stattgefunden hat, in der vereinbart wurde, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die zum Ziel hat, die vorliegenden Zahlen zu fundieren, die die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung betreffen, und einen Umsetzungsplan zu erarbeiten; im Rahmen dessen teilte das WSA mit, dass es nicht wie ursprünglich vereinbart federführend tätig sein wird, sondern unterstützend; das WSA ist der Ansicht, dass die Federführung bei den Kommunen liegen sollte; Herr Boginski informiert, dass die Arbeitsgruppe am 22.05.2017 getagt hat und die Rahmenbedingungen formuliert wurden; hierbei wurde festgestellt, dass der Denkmalschutz nicht anwesend war und auf Grund dessen wurde eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe am 15.06.2017 einberufen, an der der Denkmalschutz wieder nicht anwesend war; die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe ist für den 04.07.2017 angesetzt; des Weiteren teilt Herr Boginski mit, dass am 30.08.2017 ein weiterer Termin beim Bund stattfinden wird, der Landrat des Landkreises Barnim und er teilnehmen werden und in dem der aktuelle Sachstand zur Thematik erläutert wird; bezogen auf den Kreistagsbeschluss führt Herr Boginski aus, dass der von den Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen eingereichte Antrag keine Zustimmung erhielt, aber dem von der SPD-Fraktion eingereichten Antrag zugestimmt und demzufolge eine Unterstützung zum Finowkanal zugesagt wurde

- bezieht sich auf die mehrfach angesprochene Thematik „Mietpreiserhöhung der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs GmbH (WHG)“ und teilt mit, dass er hierzu intensive Gespräche mit der Geschäftsführung der WHG geführt hat, mit dem Ergebnis, dass für dieses Jahr keine weiteren Mieterhöhungen mehr ausgesprochen werden und ein Konzept für Mieterhöhungen erarbeitet wird, welches im Aufsichtsrat der WHG zur Diskussion gestellt wird; im Anschluss daran wird die Öffentlichkeit entsprechend informiert
- informiert über nachstehend vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilten Dokumente:
 - . ein Schreiben der CDU im Landtag zur Verwaltungsstrukturreform **(Anlage 3)**
 - . einen Brief S.E. Herr Dr. Oleg Serebrian, Botschafter der Republik Moldau, in dem das Angebot zur Aufnahme einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Republik Moldau unterbreitet wird; Herr Boginski bittet die Fraktionen, sich bis September 2017 hierzu zu verständigen und ihm danach ein Feedback zur weiteren Verfahrensweise zu geben **(Anlage 4)**
 - . ein Schreiben des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, aus dem hervorgeht, dass der Eberswalder Zoo den 3. Preis im Rahmen der Auszeichnung der beliebtesten Familienpass-Anbieter erhalten hat **(Anlage 5)**
 - . den Entwurf des Terminkalenders für die Stadtverordnetenversammlung und ihre Ausschüsse für das Jahr 2018 **(Anlage 6)**
- informiert über ein Schreiben an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, welches von allen Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Barnim unterzeichnet wurde und sie sich für den Erhalt der Stadt Eberswalde als Großkreisstadt ausgesprochen haben

- lädt zu nachstehenden Einwohnerversammlungen ein:
 - . 18.09.2017, 18.30 Uhr - Leibnizviertel/Nordend in der Aula des OSZ I Barnim
 - . 26.09.2017, 18.30 Uhr - Brandenburgisches Viertel in der Aula der Grundschule „Schwärzese“
 - . 26.09.2017, 18.30 Uhr - Rundgang durch Sommerfelde

Herr Zinn bezieht sich auf die Verhandlungen zum Finowkanal zwischen dem Bund, der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) und der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal (KAG) und fragt, ob tatsächlich noch vor der Sommerpause zur Thematik ein Termin zwischen dem WSA oder dem WSV und der KAG sowie des Landes Brandenburg stattfinden soll.

Herr Boginski teilt mit, dass das nächste Gespräch am 30.08.2017 beim Bund stattfinden wird, an dem der Landrat des Landkreises Barnim und er als Vertreter der KAG teilnehmen werden.

7.2 Frau Fellner:

- bezieht sich auf die Frage von Herrn Morgenroth unter TOP 10.6, 2. Anstrich, der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.06.2017 zum Hertha-Teich und teilt mit, dass der Biber in diesem Gebiet sehr aktiv ist und seinen Lebensraum sehr stark verändert; Frau Fellner informiert, dass eine Einflussnahme auf die Tätigkeit des Bibers nicht möglich ist, weil er nach EU-Recht streng geschützt ist; des Weiteren führt Frau Fellner aus, dass die Gebiete um das Hertha-Fließ und die Schwärze zum Umfeld eines Fauna-Flora-Habitat-Gebietes (FFH-Gebiet) gehören und demzufolge von ökologischer naturschutzfachlicher Bedeutung sind; Verkehrssicherungs- und Beräumungsmaßnahmen wurden in diesem Bereich im Frühjahr diesen Jahres vorgenommen, welche durch die Aktivitäten des Bibers nicht von langer Dauer sind; Frau Fellner teilt weiterhin mit, dass es in diesem Bereich neben den Fraßschäden auch zu Vernässungen durch die Anstauungen des Bibers kommt, so dass das Absterben der Baumwurzeln und damit der Wurf der Bäume mittelfristig verbunden ist; die Vernässungen führen dazu, dass in diesen Bereichen nicht mehr mit den üblichen Forstmaschinen gearbeitet werden kann und die Beräumung des Holzes nur dort durchgeführt werden kann, wo sie ökonomisch tragbar und ökologisch vertretbar ist; Frau Fellner teilt mit, dass sich die Stadt Eberswalde im Rahmen der Zertifizierung unseres Forstbetriebes dazu verpflichtet hat, den Anteil von Totholz im Wald und gerade im Bereich von naturschutzrechtlich relevanten Flächen zu erhöhen; geplant ist, eine weitere Verkehrssicherungsmaßnahme im Bereich des Hertha-Teiches für den Winter 2017/2018 vorzunehmen, bei der die Beräumung der noch vorhandenen geschädigten Bäume vorgenommen werden soll; Frau Fellner stellt fest, dass sich dieses Gebiet weiterhin durch die Aktivitäten des Bibers verändern wird; aus diesem Grund ist derzeit alternativ geplant, die Verlegung des Wanderweges in höhere Bereiche, die nicht mehr vom Biber beeinträchtigt werden, vorzunehmen
- informiert, dass der Fördermittelbescheid für den Neubau des Dorfgemeinschaftshauses in Sommerfelde am 28.06.2017 bei der Verwaltung eingegangen ist und die Verwaltung das Planungsbüro mit der Leistungsphase 6 beauftragen wird; hierzu werden derzeit die Leistungsverzeichnisse vorbereitet, so dass die Ausschreibung zeitnah vorgenommen werden kann; geplant ist, dass der Neubau des Dorfgemeinschaftshauses im Frühjahr/Frühsummer 2018 fertiggestellt sein wird

7.3 Frau Stibane:

- informiert, dass bis zum 30.06.2017 noch Vorschläge für den Tag der Entscheidung 2017 zum Bürgerbudget 2018 eingereicht werden können; Frau Stibane informiert, dass bisher ca. 121 Vorschläge eingereicht wurden
- bedankt sich und auch im Namen von Herrn Dr. Scharnholz, Institut für Neue Industriekultur INIK GmbH, bei allen Fraktionen für die sehr intensive Rückmeldung zur Diskussion Konzeptfortschreibung Familiengarten; Frau Stibane teilt mit, dass Herr Dr. Scharnholz derzeit die eingegangenen Vorschläge bündelt und klärt, inwieweit diese in das Abschlusskonzept zum Familiengarten einfließen können
- informiert, dass in der Stadtverwaltung Eberswalde ein Papier mit Eckpunkten zur Kommunalen Kriminalprävention vom Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg eingegangen ist; diesem Papier ist ein Erlass zur Einrichtung von Sicherheitspartnerschaften beigefügt; Frau Stibane teilt mit, dass sich die Stadtverwaltung zunächst mit dem Papier auseinandersetzen und dieses auswerten wird, um zu eruieren, inwieweit welche Maßnahmen in der Stadt Eberswalde umgesetzt werden können; hierzu findet in der kommenden Woche ein Gesprächstermin mit der Polizei statt

Herr Zinn fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass das Eckpunktepapier und auch der Erlass per E-Mail an alle (großer Verteiler) übersandt werden könnte, so dass man sich mit der Thematik über die Sommerpause beschäftigen kann, um dann ggf. diese in den Fachausschüssen im September 2017 zu thematisieren. Weiterhin regt Herr Zinn an, dass man über eine geeignete Form in der Verwaltung nachdenkt, wie Sicherheitspartner in allen Ortsteilen, insbesondere im Brandenburgischen Viertel, integriert werden können.

Frau Stibane teilt mit, dass man eine geeignete Lösung finden wird, um den Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern diese Dokumente zur Verfügung zu stellen.

7.4 Herr Dr. König:

- bezieht sich auf die Problematik „Findung eines geeigneten dauerhaften Standortes für das Kinder- und Jugendtheater ‚Waggon-Komödianten‘ e. V.“ und informiert, dass am 20.06.2017 eine Besichtigung des ehemaligen Kulturbahnhofes mit Herrn Dr. Neubacher vorgenommen wurde; im Anschluss wurde die Frage erörtert, ob dies eine dauerhafte Stätte für den Verein sein könnte, mit dem Ergebnis, dass dies so gesehen wird; Herr Dr. König teilt mit, dass derzeit diverse Vorbereitungsmaßnahmen vorgenommen werden und auch bereits kleinere Arbeiten, wie z. B. Aufräumarbeiten, durchgeführt werden konnten; Ziel ist, dass der Verein ab September 2017 dort seine Heimstätte hat und ab noch in diesem Jahr seine Veranstaltungen, insbesondere die Weihnachtsveranstaltungen, durchführen kann

Herr Dr. Mai fragt, ob mit dem Einzug der Waggonkomödianten in eine städtische Einrichtung Kosten auf die Stadt Eberswalde zukommen oder ob alle Nutzer von städtischen Einrichtungen die entstehenden Miet- und Betriebskosten übernehmen müssen. Herr Dr. Mai fragt, sofern die anfallenden Kosten durch den Nutzer zu tragen sind, in welchem Umfang diese anfallen würden und sofern zusätzliche Kosten auf die Stadt Eberswalde zukommen, inwieweit würde hier der städtische Haushalt belastet werden.

Herr Dr. König teilt mit, dass diese Fragen derzeit noch einer Klärung bedürfen und sagt eine Beantwortung für September 2017 zu.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 9.1:

Anfrage: AF/0094/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE SPD-Fraktion

Jugenddisco Eberswalde

Herr Dr. König nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1:

Die Stadtverwaltung Eberswalde sieht derzeit keinen Bedarf. Der Verwaltung liegen auch keine Rückmeldungen vor, die darauf schließen lassen, dass der Bedarf an einer Jugenddisco besteht.

Eine Erörterung der Thematik „Jugenddisco“ im Jugenddialog kam zu dem Ergebnis, dass von zwei Jugendlichen Nennungen abgegeben wurden. Des Weiteren wurden auch die bestehenden Jugendclubs mit der Thematik konfrontiert, die, sofern ein entsprechender Bedarf bestehen sollte, ihre Bereitschaft erklärt haben, eine derartige Veranstaltung umzusetzen.

zu Frage 2:

Zur Etablierung einer Jugenddisco in Eberswalde gab und gibt es keine Bestrebungen, weil in der Verwaltung auch keine Rückmeldungen bzw. Hinweise hinsichtlich eines entsprechenden Bedarfes vorliegen.

zu Frage 3:

Es gab und gibt derzeit keine Bestrebungen seitens privater Akteure zur Etablierung einer Jugenddisco.

zu Frage 4:

Die Verwaltung wird, sofern jemand in der Verwaltung mit einem derartigen Anliegen vorsprechen würde, Unterstützung geben. Da es keine Anfragen gegenüber der Verwaltung gab, wurden auch keine Unterstützungen zurückgenommen.

zu Frage 5:

Grundsätzlich könnte auch die Stadtverwaltung Veranstalterin einer Jugenddisco sein. Im Vorfeld müssten alle rechtlichen Rahmenbedingungen geklärt und geeignetes Personal gefunden werden, um eine solche Veranstaltung ordnungsgemäß durchführen zu können.

zu Frage 6:

Eine prognostizierte finanzielle Belastung im Haushalt kann nicht beziffert werden, weil die Hö-

he der erzielten Einnahmen, die abhängig von den Besucherzahlen sind, sowie die anfallenden Miet- und Betriebskosten, Kosten für den DJ etc. zu berücksichtigen wären, die aufgrund des bislang nicht vorhandenen Bedarfes nicht mit konkretem Zahlenmaterial belegt werden können.

Herr Zinn regt an, dass die Thematik im 2. Halbjahr 2017 in den Fachausschüssen intensiv erörtert werden sollte, weil seiner Kenntnis nach, Debatten zur Thematik in der Bruno-H.-Bürgel-Schule ergaben, dass bei den Jugendlichen ein Bedarf für eine Jugenddisco besteht.

Herr Ortel regt an, dass die Thematik auch im Jugenddialog erörtert werden sollte.

TOP 9.2:

Anfrage: AF/0095/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE SPD-Fraktion

Sicherheitspartner des Landes Brandenburg im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention (KKP)

Frau Stibane nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1:

In der Vergangenheit gab es bereits Bestrebungen seitens der Stadt, Sicherheitspartner oder sozial engagierte Einwohnerinnen und Einwohner zur Verbesserung des lokalen Sicherheitsempfindens der Stadt Eberswalde einzubinden, weil es bereits Ende der 90iger Jahre eine Vorläufererlass des Landes Brandenburg gegeben hat. Auf der Grundlage dieses Erlasses sind bereits drei Sicherheitspartner im Dienst, die im engen Kontakt zur Polizei stehen, um auszuwerten, welche positiven Seiten die Einbindung von Sicherheitspartnern hat. Zu dieser Thematik wird in der kommenden Woche ein Termin mit der Polizei stattfinden. In diesem Zusammenhang macht Frau Stibane deutlich, dass für den Erlass des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg die Polizei federführend zuständig ist und interessierte Personen akkreditiert und ausbildet.

zu Frage 2 und 3:

Diese Fragen werden in dem Gespräch, welches in der kommenden Woche mit der Polizei stattfinden wird, geklärt.

zu Frage 4:

Für die Umsetzung des Erlasses ist die Polizei zuständig. Nach Vornahme einer entsprechenden Analyse zur Ermittlung des Bedarfes wird die Stadtverwaltung die Polizei entsprechend unterstützen.

TOP 9.3:

Anfrage: AF/0096/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Divestment

Herr Boginski nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1:

Die Stadt Eberswalde besitzt keine Kapitalanlagen, die direkte oder indirekte Beteiligungen an Unternehmen in den genannten Bereichen beinhalten. Somit entfallen die Fragen 2 und 3.

zu Frage 4:

Die Stadt Eberswalde hat keine Gelder im Bereich „Nachhaltiges Investment“ angelegt und beabsichtigt dies auch nicht. Die Stadt Eberswalde ist mittel- und unmittelbar an zwei Unternehmen, die auf einen nachhaltigen Unternehmenszweck ausgerichtet sind, beteiligt ist.

9.4 Herr Jede:

- teilt mit, dass Bürger, die in der Eberswalder Straße wohnen, an ihn herangetreten sind und bemängelt haben, dass der Bus 910 nicht mehr an der Bushaltestelle „Forsthaus“ in Finow hält; aus diesem Grund bittet Herr Jede die Verwaltung, sich mit der Barnimer Busgesellschaft mbH in Verbindung zu setzen und eine Klärung herbeizuführen, dass der Bus dort wieder hält

Frau Fellner teilt mit, dass zur Erörterung der Thematik geplant ist, für die Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 12.09.2017 einen Vertreter des Strukturentwicklungsamtes des Landkreises Barnim einzuladen, weil der Landkreis Barnim einige Veränderungen für die Buslinien plant, die ihres Erachtens auch positive Auswirkungen für den Ortsteil Finow haben werden. Frau Fellner informiert, dass hierzu bereits erste Gespräche mit dem Landkreis Barnim, Herrn Dr. Benfer, stattgefunden haben und die Thematik bereits im hierfür zuständigen Ausschuss für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft (A 4) des Landkreises Barnim diskutiert worden ist.

- weist darauf hin, dass durch die starken Regenfälle seit einigen Tagen Straßen überflutet und Keller vollgelaufen sind und fragt, wo das Problem liegt und wie schnell dieses Problem beseitigt werden kann

Frau Fellner teilt mit, dass ihr derzeit keine akuten Probleme bekannt sind. Dennoch wird sich Frau Fellner der Angelegenheit annehmen.

9.5 Herr Zinn:

- regt an, darüber nachzudenken, wie Sportlerinnen und Sportler diverser Randsportarten - wie z. B. Tischtennis, Gewichtheben, Kraftsport, Kickboxen, Kanusport -, die auch sehr erfolgreich auf Europa-, Bundes-, Landes- und Regionalebene sind, für ihre Leistungen gewürdigt werden könnten und nicht nur auf Bürgermeisterebene

Herr Boginski teilt mit, dass es allgemein üblich ist, dass sich die Stadt Eberswalde mit den Sportlern, die Siege errungen haben, gerade auch von den von Herrn Zinn genannten Sportarten, in Verbindung setzt und diese würdigt.

- bittet, dass die im Ausschuss für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft des Landkreises Barnim vorgelegten Dokumente „Weiterentwicklung des O-Bus-Verkehrs in Eberswalde“ und „Regionaldialog zum Nahverkehrsplan am 16.07.2017 in Angermünde“ per E-Mail an alle (großer Verteiler) übersandt werden; Herr Zinn teilt mit, dass die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hierzu spätestens im Oktober einen Antrag zur Aufnahme eines entsprechenden Tagesordnungspunktes stellen wird, auch unter Berücksichtigung, dass sich der zuständige Fachausschuss des Landkreises Barnim am 23.08.2017 mit der Thematik intensiv beschäftigen wird

9.6 Herr Wrase:

- bezieht sich auf den Artikel „Gericht rät dringend zum Vergleich“ in der Märkischen Oderzeitung vom 24./25.06.2017 und bittet um Erläuterung zu den dort genannten Vergütungen

Herr Passoke teilt mit, dass die Erläuterungen hierzu von der Verwaltung im nicht öffentlichen Teil der heutigen Stadtverordnetenversammlung gegeben werden.

9.7 Herr Trieloff:

- fragt, wie viele Kinder, einschließlich Krippenkinder, mit Stand 30.06.2017 auf der Warteliste für einen Kitaplatz stehen

Herr Dr. König sagt eine entsprechende Ausarbeitung zu.

9.8. Herr Landmann:

- bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Wrase unter TOP 9.6 der heutigen öffentlichen Sitzung und ist der Ansicht, dass die Frage, ob es stimme, dass Herr Gatzlaff als angestellter Dezernent der Stadt Eberswalde so viel mehr verdient hätte, als in der Stellung als Beigeordneter in der Stadt Merseburg mit Ja oder Nein beantwortet werden könnte

Herr Boginski teilt mit, dass ihm das Gehaltsgefüge der Stadt Merseburg nicht bekannt ist.

- bezieht sich auf die stattgefundene Hauptausschusssitzung am 22.06.2017 und die Beschlussvorlage BV/0499/2017 „Sicherung und Inwertsetzung der Borsighalle - Los Erd-, Abbruch- und Entsorgungsarbeiten - Genehmigung eines Nachtrages“, die Bestandteil der Tagesordnung war und bittet, da der Umfang des Nachtrages von der ursprünglichen Auftragssumme um 30 % höher liegt, um Einsichtnahme in das vorliegende Gutachten; des Weiteren fragt Herr Landmann, ob die im Hauptausschuss zugesagte Beantwortung der noch offenen Fragen der o. g. Hauptausschusssitzung in der heutigen öffentlichen Sitzung erfolgen wird

Frau Fellner führt hierzu aus, dass es Mehrmengen bei der Entsorgung der Altlasten in der Borsighalle gegeben hat. Ein Grund hierfür ist, dass erst im Verfahren der Beräumung mit der Denkmal- und der Bodenschutzbehörde das neue Bodenniveau festgelegt wurde. Ein zweiter Grund ist, dass von der beauftragten Firma Umwelt-, Forschungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (UWEG) eine entsprechende Altlastenuntersuchung erarbeitet wurde, welche aber nicht alle Eventualitäten, die während der Bauphase auftreten können, beinhalten kann. Frau Fellner teilt an Herrn Landmann gerichtet mit, dass eine Einsichtnahme in das Gutachten nach vorheriger Terminabsprache möglich ist. Ein dritter Grund war, dass man sich über das genaue räumliche Maß, bis zur Lichterfelder Straße, bis zum Parkplatz und auch in Teilen bis an den Finowkanal heran, zur Beräumung der Altlasten verständigt hat. Weiterhin führt Frau Fellner an, dass mit dem in der Hauptausschusssitzung am 22.06.2017 gefassten Beschluss-Nr. H 150/30/17 „Sicherung und Inwertsetzung der Borsighalle - Los Erd-, Abbruch- und Entsorgungsarbeiten - Genehmigung eines Nachtrages“ diese Mehrmengen und somit auch der Nachtrag genehmigt wurden. Frau Fellner informiert, dass am 12.07.2017 ein Gespräch zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber stattfinden wird, in dem die zu klärenden Fragen und bestehenden Kritikpunkte eingehend erörtert werden. Im Anschluss daran wird

eine Information im Hauptausschuss erfolgen.

Frau Schostan verlässt die Sitzung um 18.47 Uhr (**27 Anwesende**).

Herr Landmann merkt an, dass sich seine Fragen auf die von der Verwaltung gegebene Information bezieht, dass die Verwaltung bereits seit Anfang April 2017 davon Kenntnis hatte, dass diese Mehrkosten entstanden sind und auch die notwendigen Arbeiten bereits abgeschlossen waren. Eine entsprechende Beschlussvorlage aber dem Hauptausschuss erst Ende Juni 2017 vorgelegt wurde.

Frau Fellner teilt mit, dass es sich hierbei um eine Kritik handelt, die in dem bereits genannten Termin am 12.07.2017 zu klären ist. Frau Fellner führt aus, dass die Verwaltung im April einen ersten Entwurf des Nachtragsangebotes von der beauftragten Baufirma erhalten hat und nach diversem Schriftverkehr über die endgültig geklärten Kosten am 27.04.2017 informiert wurde. Nach Vorlage dessen hat sich Frau Fellner sofort mit dem Fördermittelgeber in Verbindung gesetzt, um die Finanzierbarkeit dieser Mehrmengen aus der Fördermaßnahme sicherzustellen, weil ihrem Verständnis nach es immer Ansinnen der Stadtverordneten war, dass die Verwaltung bestehende Probleme darlegt mit gleichzeitiger Unterbreitung eines Lösungsvorschlages. Basierend auf der ihr übermittelten Diskussion und den aufgeworfenen Fragen in der Hauptausschusssitzung am 22.06.2017, an der sie nicht anwesend war, hat Frau Fellner entnommen, dass es seitens der Hauptausschussmitglieder gewünscht wird, dass die Verwaltung über derartige Probleme auch ohne Unterbreitung diverser Lösungsvorschläge zeitnah informieren soll. Frau Fellner teilt mit, dass sie diese Verfahrensweise zukünftig entsprechend berücksichtigen wird.

9.9 Herr Dr. Mai:

- bittet, dass die Thematik „Borsighalle“ auch im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt behandelt wird
- bittet, dass der Bericht seitens der Verwaltung über anhängige Gerichtsverfahren der Stadt unter Darlegung der Verfahrensstände (erledigt, offen) und der entsprechenden Summen (Rückstellungen, Auflösungen) im September 2017 vorgelegt wird

Frau Stibane sagt dies zu.

- fragt, ob es stimmt, dass die Stadt private Stiftungen oder Private mit finanziellen Mitteln unterstützt und wenn ja, bittet er um eine Information mit wem darüber gesprochen wurde und unter welcher Haushaltsposition diese Gelder eingestellt werden; er bittet um eine schriftliche Beantwortung bis zum September 2017
- teilt mit, dass er der Presse entnommen hat, dass erneut an der Heizungsanlage im Tropenhaus im Zoo gebaut werden muss, weil die derzeitige Heizungsanlage bei -15 °C nicht ausreichend ist und fragt, ob die damalige Planung falsch war oder ob die Ausführung falsch war; auch hierzu bittet Herr Dr. Mai um eine Information im September 2017

Frau Fellner teilt mit, dass die Verwaltung beabsichtigt, wie im Energie- und Klimaschutzkon-

zept enthalten, die Isolierung des Gebäudes vorzunehmen und somit die Energieeffizienz des Gebäudes zu verbessern. Außerdem werden weitere kleinere Gebäude an die Heizungsanlage angeschlossen und diese optimiert.

Herr Pringal stellt als stellv. Vorsitzender des Zoobeirates klar, dass in der letzten Zoobeiratung über die energetische Sanierung des Tropenhauses und über die Sanierung der Heizungsanlagen an den umliegenden kleineren Gebäuden, die bei den damaligen Sanierungsmaßnahmen nicht erfasst wurden, informiert wurde.

9.10 Herr Morgenroth:

- teilt mit, dass im Zuge der Realisierung des Bauabschnittes in der Eisenbahnstraße, Höhe Post, die beiden Ampelanlagen von der Raumerstraße über die Brunnenstraße/Lessingstraße mittels Grünphase durchgängig durchfahren werden konnten und fragt, ob dies jetzt auch wieder umgesetzt werden könnte

Frau Fellner teilt mit, dass hierfür der Landesbetrieb Straßenwesen (LS) zuständig ist und sie die Anregung an den LS weitergeben wird.

TOP 10:

Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen

ABPU am 13.06.2017:

Herr Wolff, Vorsitzender, informiert über die behandelte Thematik und die behandelten Beschlussvorlagen.

ASBKS am 14.06.2017:

Herr Landmann, Vorsitzender informiert über die behandelte Thematik und Informationsvorlage sowie die behandelten Beschlussvorlagen.

AWF am 15.06.2017:

Herr Jur, Vorsitzender, informiert über die behandelten Thematiken und Beschlussvorlagen.

RPA am 20.06.2017:

Herr Morgenroth, Vorsitzender, informiert über die behandelte Thematik.

HA am 22.06.2017:

Herr Boginski, Vorsitzender, informiert über die behandelten Beschlussvorlagen.

TOP 11:

Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 12:

Genehmigung von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP 13:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 13.1:

Vorlage: BV/0504/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei

3. Satzung zur Änderung der Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde

Herr Passoke teilt mit, dass ein von der Bürgerfraktion Eberswalde eingereicherter Änderungsantrag zur Beschlussvorlage mit den Sitzungsunterlagen an alle Stadtverordneten übersandt wurde. Des Weiteren informiert Herr Passoke, dass ein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereicherter Änderungsantrag zur Beschlussvorlage an alle Stadtverordneten übersandt wurde.

Herr Dr. Spangenberg gibt zu Protokoll, dass die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde sowohl den vorliegenden Änderungsanträgen als auch der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen werden, weil ihrer Ansicht nach der Grundgedanke des Bürgerbudgets verloren geht.

Herr Jede stellt im Namen der Fraktion Bündnis Eberswalde den Antrag, eine namentliche Abstimmung zum vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde vorzunehmen.

Herr Dr. Mai stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion, weil die Thematik eingehend in den Fachausschüssen erörtert wurde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde wird vorgenommen.

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Baaz	Otto		X	
2.	Banaskiewicz	Frank	X		
3.	Boginski	Friedhelm			X
4.	Bohn	Winfried			X
5.	Prof. Creutziger	Johannes			X
6.	Grohs	Uwe	X		
7.	Hoeck	Martin		X	
8.	Dr. Hoffmann	Ulrike	X		
9.	Jede	Viktor		X	

10.	Jur	Danko	X		
11.	Kersten	Irene	X		
12.	Dr. Klavehn	Sabine		X	
13.	Laffin	Karl-Dietrich	X		
14.	Landmann	Lutz	X		
15.	Dr. Mai	Hans	X		
16.	Morgenroth	Conrad	X		
17.	Oehler	Karen	X		
18.	Ortel	Dietmar	X		
19.	Passoke	Volker	X		
20.	Dr. Pischel	Ilona		X	
21.	Pringal	Roy	X		
22.	Dr. Spangenberg	Günther		X	
23.	Sponner	Gottfried			X
24.	Trieloff	Götz		X	
25.	Wolff	Jürgen	X		
26.	Wrase	Ringo	X		
27.	Zinn	Carsten		X	

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der Bürgerfraktion Eberswalde:
mehrheitlich zugestimmt

Frau Oehler zieht als Einreicherin des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen zurück.

Herr Zinn beantragt im Namen der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, eine namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage vorzunehmen.

Die namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage mit der befürworteten Änderung wird vorgenommen.

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Baaz	Otto		X	
2.	Banaskiewicz	Frank	X		
3.	Boginski	Friedhelm	X		
4.	Bohn	Winfried	X		
5.	Prof. Creutziger	Johannes	X		
6.	Grohs	Uwe	X		
7.	Hoeck	Martin		X	
8.	Dr. Hoffmann	Ulrike	X		
9.	Jede	Viktor			X
10.	Jur	Danko	X		
11.	Kersten	Irene	X		
12.	Dr. Klavehn	Sabine		X	
13.	Laffin	Karl-Dietrich	X		

14.	Landmann	Lutz	X		
15.	Dr. Mai	Hans			X
16.	Morgenroth	Conrad	X		
17.	Oehler	Karen			X
18.	Ortel	Dietmar	X		
19.	Passoke	Volker	X		
20.	Dr. Pischel	Ilona	X		
21.	Pringal	Roy	X		
22.	Dr. Spangenberg	Günther		X	
23.	Sponner	Gottfried	X		
24.	Trieloff	Götz		X	
25.	Wolff	Jürgen	X		
26.	Wrase	Ringo	X		
27.	Zinn	Carsten		X	

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage mit der befürworteten Änderung:
mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 31/235/17

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde mit der nachstehenden Ergänzung im § 5 Absatz 3:

- f) er nicht auf die Förderung zur Planung und Durchführung von festlichen Veranstaltungen anlässlich eines Ereignisses wie Schulabschlussfeiern, Initiationsfeiern, Jubiläen und ähnliches gerichtet ist.

Es wird eine 20-minütige Pause eingelegt.

TOP 13.2:

Vorlage: BV/0478/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Bebauungsplan Nr. 406/1 "Wohnquartier Westend-Center"

Behandlung der Stellungnahmen

Satzungsbeschluss

Herr Jur ist nicht im Sitzungssaal anwesend (**26 Anwesende**).

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 31/236/17**

1. Behandlung der Stellungnahmen

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird über die Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend-Center“ Stand: 18.01.2017 entsprechend den in der beigefügten Synopse des Stadtentwicklungsamtes vom 25.04.2017 enthaltenen Beschlussvorschlägen entschieden.

2. Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend-Center“ der Stadt Eberswalde Stand: 10.05.2017 wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird gebilligt.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen und die Satzung nach rechtswirksamen Abschluss des städtebaulichen Vertrages über die Erschließung ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 13.3:**Vorlage:** BV/0500/2017 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt**Bebauungsplan Nr. 123 "Schwärzetal"****Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 a BauGB**

Frau Oehler fragt, ob sich die Verwaltung im Nachgang der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) am 13.06.2017 Gedanken hinsichtlich der Namensgebung des Bebauungsplanes gemacht hat.

Frau Fellner teilt mit, dass die Anregung aus dem ABPU mitgenommen wurde und die Verwaltung beabsichtigt, mit der nächsten Beschlussfassung zum Bebauungsplan eine Namensklärung herbeizuführen.

Herr Jur nimmt ab 19.58 Uhr wieder an der Sitzung teil **(27 Anwesende)**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 31/237/17**

1. Aufstellungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 123 „Schwärzetal“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Zum Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 123 „Schwärzetal“ gehören die folgenden Flurstücke:

Gemarkung: Eberswalde, Flur: 1, Flurstück: 1742, 1744, 1745, 1746, 1747, 1748, 1749, 1750, 1751, 1752, 1753, 1754, 1755, 1756, 1757, 1758, 1759, 2620, 2621, 2622, 2623, 674, 698, 839/2.

Das Plangebiet hat eine Größe von 4,10 ha.

Ziel der Planung ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Wohngebietsentwicklung mit gesundheitsbezogenen Nutzungen auf dem seit den 1990er Jahren brachliegenden Grundstück zu schaffen. Die Entwicklung auf dem Gelände soll dauerhaft die Lücke in dem perforierten städtebaulichen Umfeld schließen und den Standort hinsichtlich der gesundheits- und medizinverbundenen Nutzungen in Bezug zu dem angrenzenden Werner Forßmann Krankenhaus dauerhaft stärken.

Das städtebauliche Konzept sieht eine auf zwei Baufeldern unterteilte offene Blockrandbebauung mit einer abgestuften Geschossigkeit zwischen 3 und 5 Geschossen vor.

Auf dem nördlichen Teilgebiet ist ein Parkhaus geplant, welches den Stellplatzbedarf der vorgesehenen Wohnbebauung sowie auch des Krankenhauses und der neu geplanten Gesundheitseinrichtungen abdecken soll. Damit soll erreicht werden, ein nahezu autofreies Wohnquartier zu schaffen und somit dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung gerecht zu werden und zugleich eine Wohnqualität ohne Lärm- und Abgasemissionen zu fördern.

Der Übersichtsplan zum beabsichtigten Geltungsbereich (unmaßstäblich) ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Auftrag zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB ist durchzuführen.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie über die wesentlichen Auswirkungen der Planung sind ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a Abs. 3 BauGB bekannt zu machen, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll.

TOP 13.4:

Vorlage: BV/0497/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Erschließungsvertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 133 "Barnimhöhe"

Herr Passoke teilt mit, dass im ABPU am 13.06.2017 die Beschlussvorlage mit Änderungen im Beschlussvorschlag, in der Anlagenbezeichnung sowie in der Anlage 2, auf den Seiten 15 und 16 einstimmig befürwortet wurde.

Entsprechende Austauschseiten wurden an alle Stadtverordneten übersandt.

Abstimmungsergebnis mit den o. g. Änderungen: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 31/238/17

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Inhalt des Erschließungsvertrages zur Herstellung der Erschließungsanlagen im Vertragsgebiet.

TOP 13.5:

Vorlage: BV/0512/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 80 - Amt für Wirtschaftsförderung
und Tourismus

Förderrichtlinie zur Belebung des Einzelhandels

Herr Passoke teilt mit, dass ein von der Fraktion DIE LINKE eingereicher Änderungsantrag zur Beschlussvorlage an alle Stadtverordneten übersandt wurde.

Herr Wolff teilt als Einreicher des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE mit, dass auf Seite 1 des Änderungsantrages, im letzten Absatz, die Summen „22.500 €“ in „20.000 €“ für das Innenstadtzentrum sowie „7.500 €“ in „10.000 €“ für das Nebenzentrum zu ändern sind.

Herr Dr. Spangenberg gibt im Namen der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zu Protokoll, dass ein Widerspruch in den Niederschriften und in der Beschlussvorlage hinsichtlich der Definition des Zentrums gesehen wird und aus diesem Grund wird die Fraktion sowohl dem Änderungsantrag als auch der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Trieloff stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion, weil die Thematik eingehend erörtert wurde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis über den vom Einreicher geänderten Änderungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

Herr Zinn gibt zu Protokoll, dass die Bezeichnung „Mogelpackung“ aus der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde kommt, die von ihm in der Hauptausschusssitzung am 22.06.2017 geäußert wurde. Hierzu steht die Fraktion auch weiterhin und wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Herr Zinn weist darauf hin, dass, wenn eine Beschlussvorlage vorgelegen hätte, die einen Not- oder Unterstützerfonds für die Händler in der Innenstadt, die insbesondere von den Baumaßnahmen an der Kreuzung Friedensbrücke betroffen sind, beinhaltet hätte und die Summe von 30 T€ auf 50 T€ erhöht worden wäre, dann hätte die Fraktion dieser auch zustimmen können. Weiterhin führt Herr Zinn aus, dass, wenn von der Stadt Eberswalde die Rede ist, auch alle Orts- und Stadtteile von Eberswalde gemeint sind, ansonsten müsste man konkret sagen, Stadtmitte und der Ortsteil Finow.

Herr Zinn beantragt im Namen der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, eine namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage vorzunehmen.

Die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wird vorgenommen.

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Baaz	Otto		X	
2.	Banaskiewicz	Frank	X		
3.	Boginski	Friedhelm	X		
4.	Bohn	Winfried			X
5.	Prof. Creutziger	Johannes	X		
6.	Grohs	Uwe			X
7.	Hoeck	Martin	X		
8.	Dr. Hoffmann	Ulrike	X		
9.	Jede	Viktor	X		
10.	Jur	Danko			X
11.	Kersten	Irene	X		
12.	Dr. Klavehn	Sabine	X		
13.	Laffin	Karl-Dietrich	X		
14.	Landmann	Lutz	X		
15.	Dr. Mai	Hans		X	
16.	Morgenroth	Conrad	X		
17.	Oehler	Karen	X		
18.	Ortel	Dietmar	X		
19.	Passoke	Volker	X		
20.	Dr. Pischel	Ilona		X	
21.	Pringal	Roy		X	
22.	Dr. Spangenberg	Günther		X	
23.	Sponner	Gottfried	X		
24.	Trieloff	Götz	X		
25.	Wolff	Jürgen	X		
26.	Wrase	Ringo	X		
27.	Zinn	Carsten		X	

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage mit den befürworteten Änderungen:
mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 31/239/17

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur Unterstützung der Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche die „Richtlinie zur kommunalen Förderung von kleinteiligen Maßnahmen zur Belebung des Einzelhandels“ mit nachstehenden Änderungen:

1. 2. Gegenstand der Förderung

2.1 Allgemeines / Änderung im 2. Absatz:

Grundsätzlich kann eine Förderung nur gewährt werden, wenn die Maßnahmen einen Bezug zum Innenstadtzentrum Eberswalde und dem Nebenzentrum Finow (Anlage 1) haben.
(Die Anlage 1 ist entsprechend zu ändern.)

2. 3. Zuwendungsempfänger

3.1 Änderung des letzten Satzes:

... Das Mindestalter beträgt 18 Jahre. Einzelpersonen oder -unternehmen kann nur 1 Zuwendung pro Jahr und Antragsteller gewährt werden. Zusammenschlüssen von Händlern und Gastronomen in den Förderbereichen (bspw. Vereine) können maximal 2 Zuwendungen pro Jahr und Antragsteller gewährt werden.

3. 5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

5.5 Höhe der Zuwendung / Absatz 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

Für das Innenstadtzentrum Eberswalde stehen insgesamt 20.000 € und für das Nebenzentrum Finow 10.000 € pro Haushaltsjahr in den Jahren 2017 und 2018 zur Verfügung.

TOP 13.6:

Vorlage: BV/0502/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 01.3 - Referentin für soziale
Angelegenheiten

Bereitschaftserklärung zur Aufnahme von Yezidinnen in der Stadt Eberswalde

Herr Zinn bittet, dass der Beschluss des Landtages Brandenburg, Drucksache 6/5583, mit der dazugehörigen Erläuterung als Anlage zur Beschlussvorlage im Ratsinformationssystem hinterlegt wird.

Herr Passoke sagt dies zu.

Herr Zinn merkt an, dass die Unterbringung der Yezidinnen nicht im Brandenburgischen Viertel erfolgen sollte, sondern im Martin-Gropius-Krankenhaus, weil er der Ansicht ist, dass es dort gute Möglichkeiten der Unterbringung gibt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 31/240/17

Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Bereitschaftserklärung zur Aufnahme einer angemessenen Anzahl Yezidinnen (ca. 30 Personen) in der Stadt Eberswalde gegenüber dem Land Brandenburg abzugeben. Des Weiteren prüft der Bürgermeister alle Formalitäten und Bedingungen der Aufnahme der Yezidinnen. Die Aufnahme der Yezidinnen in der Stadt Eberswalde wird durch einen gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

TOP 13.7:

Vorlage: BV/0511/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt

**Zeit- und Ressourcenplan Konzept "Vielfalt in Eberswalde"
(Fortschreibung Integrationskonzept)**

Herr Passoke informiert, dass im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport am 14.06.2017 die Beschlussvorlage mit der Änderung, dass auf Seite 4 der Beschlussvorlage,

4. Absatz, die Worte „kann und“ zu streichen sind, einstimmig befürwortet wurde.
Eine entsprechende Austauschseite wurde an alle Stadtverordneten übersandt.

Des Weiteren teilte der Einreicher der Beschlussvorlage mit, dass auf Seite 1 der Anlage beim Oberpunkt „Arbeitsgruppe“ die Punkte „Kulturbeirat“ und „Seniorenbeirat“ zu ergänzen sind.

Abstimmungsergebnis mit den o. g. Änderungen: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext: **Beschluss-Nr.: 31/241/17**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den im Anhang beigefügten Zeit- und Ressourcenplan zur Erstellung eines Konzeptes „Vielfalt in Eberswalde“ mit der Änderung, dass beim Oberpunkt „Arbeitsgruppe“ die Punkte „Kulturbeirat“ und „Seniorenbeirat“ zu ergänzen sind. Mit der Umsetzung des Zeit- und Ressourcenplans werden die Punkte 3 und 4 der BV/751/2012 „Antirassismuskonzept und Amadeu Antonio Straße“ abschließend bearbeitet.

TOP 13.8:

Vorlage: BV/0508/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt

Beitritt zur Europäischen Route der Backsteingotik

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext: **Beschluss-Nr.: 31/242/17**

Es wird der Beschluss gefasst, dass die Stadt Eberswalde zusammen mit der Gemeinde Chorin der Europäischen Route der Backsteingotik beitrifft.

TOP 13.9:

Vorlage: BV/0501/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 01.2 - Beteiligungsverwaltung

Gründung, Organisation und Durchführung eines Energieforums Eberswalde

Herr Dr. Spangenberg gibt im Namen der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zu Protokoll, dass die Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird, weil, basierend auf den Inhalten der Beschlussvorlage, das Energieforum nicht den kommunalrechtlichen Regelungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg unterliegen soll.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext: **Beschluss-Nr.: 31/243/17**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde beschließt

1. die Gründung eines Energieforums Eberswalde.
2. die Verwaltung der Stadt Eberswalde mit der Organisation und Durchführung des Energieforums Eberswalde, unter Berücksichtigung der in der Sachverhaltsdarstellung aufgeführten Rahmenbedingungen, zu beauftragen.

TOP 13.10:

Vorlage: BV/0503/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und Gebäude-
wirtschaft

Basisvariante Waldsportanlage

- Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss

Herr Passoke informiert, dass der Einreicher mitteilte, dass auf der Seite 4 der Beschlussvorlage unter dem Punkt 2. das Wort „Ausführungsplanung“ durch das Wort „Entwurfsplanung“ zu ersetzen ist.

Herr Zinn gibt zu Protokoll, dass er Frau Fellner bittet, der Einwohnerschaft verständlich darzulegen, was mit der Basisvariante, der Zusatz- und auch der Mastervariante gemeint ist, weil es in großen Teilen der interessierten Bevölkerung große Verwirrung um die Befürchtung gibt, dass jetzt alles auf Minimalmaß reduziert wird. In diesem Zusammenhang verweist Herr Zinn darauf, dass die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde schriftlich signalisiert hat, dass sie für alle drei Varianten offen ist. Des Weiteren teilt Herr Zinn mit, dass die Fraktion es befürworten würde, wenn mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 alle drei Varianten in der Form vorliegen, dass sie finanzierbar und auch inhaltlich zu gestalten sind.

Herr Jur regt an, dass die Thematik unter Berücksichtigung der Erörterung hinsichtlich der entstehenden Folgekosten zukünftig auch im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen behandelt werden sollte.

Abstimmungsergebnis mit der o. g. Änderung: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 31/244/17

1. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Entwurfsplanung der Basisvariante.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, das Bauvorhaben entsprechend des Entwurfes ausführen zu lassen.

TOP 13.11:

Vorlage: BV/0506/2017 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und Gebäude-
wirtschaft

Vergabe nach VOB - Umbauarbeiten im Hort Eisenbahnstraße 100

- Los 2 Maler- und Bodenbelagsarbeiten

Herr Zinn gibt zu Protokoll, dass er die beabsichtigte Auftragsvergabe an ein Eberswalder Unternehmen befürwortet, auch wenn es sich hierbei nicht um das wirtschaftlichste Angebot handelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 31/245/17**

Dem Vergabevorschlag für die Baumaßnahme Umbauarbeiten im Hort Eisenbahnstr. 100 - Los 2 Maler- und Bodenbelagsarbeiten in Höhe von 157.855,36 € wird zugestimmt.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Zuschlag an die Firma Drei Schilde GmbH aus 16225 Eberswalde zu erteilen.

Herr Passoke beendet die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 20.30 Uhr.

Passoke
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Behnke
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

- **FDP**
 Martin Hoeck
 Dr. med. Sabine Klavehn
 Götz Trieloff

- **Alternatives Wählerbündnis Eberswalde**
 Otto Baaz
 Dr. Günther Spangenberg
 Carsten Zinn

- **Bündnis Eberswalde**
 Viktor Jede
 Dr. Ilona Pischel

- **Ortsvorsteher/in**
 Werner Jorde
 Prof. Dr. Dr. h. c. Michael Mussong
 Matthias Stiebe

- **Dezernent/in**
 Anne Fellner
 Dr. Jan König
 Petra Stibane

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
 Dr. Charlotte Canditt
 Udo Muszynski

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
 Andy Haß
 Nancy Kersten
 Stefan Müller
 Dr. Stefan Neubacher
 Sven Siebert